

Europa im hybriden Krieg für einen emanzipierten Imperialismus (GS 4-25) – Fortsetzung S. 13, 3c

— Die Europäer suchen nach Bündnispartnern für ihr imperialistisches Projekt, eine führende Macht auf der Welt zu werden, und wenden sich an Brasilien und Indien. Die potenziellen Partner sollen die Ukraine-Sanktionen und den Kampf gegen Russland mittragen, was diese Mächte aber verweigern, weil sie aus ihren eigenen nationalen Interessen mit Russland gute militärische und ökonomische Beziehungen pflegen und sich dahingehend nichts vorschreiben lassen wollen. Nichtsdestotrotz haben sie jetzt bemerkenswerte Handelsverträge mit der EU geschlossen. Für beide Staaten war also durchaus so eine ökonomische Zusammenarbeit von Interesse, eine militärische Unterordnung dagegen nicht.

Im Protokoll heißt es dazu am Schluss: „Der Widerspruch besteht darin, dass Brasilien oder auch Indien gerade wegen ihrer potenten weltpolitischen Statur als potenzielle Unterstützer ins Visier der Europäer kommen, und dass gerade diese Statur Brasiliens und Indiens umgekehrt eine Schranke für den Zugriff der Europäer auf diese Staaten darstellt.“ Und im Artikel heißt es auf Seite 13: für Lula „kommt die Einordnung in eine Friedensordnung unter der Regie eines Europa, das sich von den USA weder emanzipieren kann noch trennen will und Russland zum feindlichen Paria der Welt erklärt, nicht in Frage.“ Das verweist darauf, dass Europa nicht die autonome von den USA emanzipierte Macht ist, die es zu sein beansprucht, und deshalb anderen Staaten seine *alternative* antirussische Friedensordnung nicht diktieren kann. Der widersprüchliche Bezug der Europäer auf Indien zeigt sich bei ihrem Versuch, das Land für ihren Wirtschaftskrieg zu funktionalisieren.

— Letzte Woche hat von der Leyen in Delhi ein Freihandelsabkommen mit Indien abgeschlossen. Das ist ein Schritt in die Richtung, die Europa gehen möchte, um einen potenten Partner zu gewinnen. Kanzler Merz hat bei seinem Besuch in Indien zusätzlich versucht, das Abkommen mit der Reduzierung der Beziehungen Indiens zu Russland zu verknüpfen. Das hat er aber nicht erreicht.

Kallas betonte, „Indiens Teilnahme an russischen Militärübungen und sein Kauf von russischem Öl könnten dem Abschluss eines geplanten Handelsabkommens zwischen der EU und Indien im Weg stehen.“ (Zitat auf S. 14). Jetzt wurde das Abkommen doch und noch dazu zu Konditionen geschlossen, denen die EU zuvor nicht in allen Punkten zugestimmt hätte.

— Europa macht an der Stelle beides: Es warnt Indien vor einer weiteren Zusammenarbeit mit Russland und zeigt gleichzeitig ein gewisses Verständnis dafür. Das heißt doch, dass die Europäer keinen Hebel haben, um Indien dahin zu bringen, wo sie es haben wollen. „Keinen Hebel“ ist zu definitiv ausgedrückt. Europa bzw. Deutschland hat ein Interesse an der Zusammenarbeit mit Indien in Form dieses Handelsabkommens. Das ist ein gewisser Widerspruch dazu, dass man den Indern vorwirft, dass sie Öl von Russland kaufen und militärische Beziehungen zu Russland pflegen. Auch von Indien gibt es das Interesse, so ein Freihandelsabkommen mit Europa abzuschließen. Das Land ist von Trumps Politik betroffen, es wird mit Sanktionen bedroht und ist in dem Sinne von der Aufkündigung der bisherigen Art, den Weltmarkts zu bewirtschaften, tangiert. An dem Punkt sind Indien und die EU übereingekommen, ein Handelsabkommen zu schließen, mit entsprechenden Zugeständnissen von beiden Seiten als Voraussetzung. Daran merkt man: Es gibt das wechselseitige Interesse aneinander, aber das fällt gar nicht damit zusammen, dass Europa sich da eines *verlässlichen* Partners für seine imperialistischen Ansprüche in der Welt bedienen kann.

— Indien ist ja bei dem Vertrag auch in keiner Weise darauf eingegangen, die Sanktionierung Russlands mitzutragen, den Ölkauf einzustellen oder eventuell später Truppen für eine Friedensordnung in der Ukraine zu stellen. Um das zu erzwingen, fehlt den Europäern tatsächlich der Hebel.

Erzwingen können sie das nicht, aber die Frage ist, wie weit kommen sie? Bemerkenswert ist auch, dass sie ein Handelsabkommen mit Indien schließen und gleichzeitig Sekundärsanktionen gegen Indien erlassen. Drohungen und Erpressungen auf der einen Seite laufen

parallel zu Entgegenkommen, weil man auf diesen Partner nicht verzichten will, weder als Partner in Handelsfragen gegen die USA, noch als ausnutzbaren Rivalen Chinas. Der Punkt ist: Wenn Europa Ländern von dem Kaliber Indiens oder Brasiliens mit seinem imperialistischen Machtwillen gegenübertritt, dann muss es die Stellung dieser Länder in der Welt berücksichtigen und ist zur Relativierung seiner Ansprüche gezwungen.

55 — *Trump hat aktuell die angedrohten Strafzölle gegen Indien ja wieder auf Eis gelegt, ohne dass Indien zugesagt hätte, die Ölimporte aus Russland zu stornieren. Will er damit das Bemühen der Europäer um Bündnispartner torpedieren?*

60 Nach dem Abschluss des Abkommens mit den Europäern hat Indien auch noch ein Freihandelsabkommen mit arabischen Staaten geschlossen und auch mit den USA. Zugleich hat Trump die angekündigten Zölle erst einmal zurückgenommen. Offenbar findet eine Konkurrenz um den indischen Staat statt, so dass Trump gegen die Freihandelsbemühungen der Europäer antritt mit dem Anspruch, Indien als Amerikas potenziellen Partner in ökonomischen und politischen Fragen zu beanspruchen.

*

Die Europäer sehen sich zur Relativierung ihres imperialistischen Machtwillens genötigt. Das unterstreicht für sie die Notwendigkeit, ein imperialistisch handlungsfähiges Kollektiv Europa zustande zu bringen. Der **Punkt 4.** behandelt, wie das als Konkurrenz der europäischen Mächte vorangetrieben wird.

70 — *Von der Leyen kündigt an, dass Europa fähig sein muss, seine Verteidigung und Sicherheit selbst in die Hand zu nehmen. Dieses große Programm „Europa“ findet jedoch als Streitpunkt zwischen den konkurrierenden Staaten statt.*

Die drei bis fünf großen europäischen Mächte haben schon erreicht, dass die große Mehrheit der Europäer das Projekt, auf dem Gebiet konventioneller Kriegsführung kriegsfähig zu werden, anerkennt. Auf der Grundlage findet dann die Konkurrenz statt. Diesen mächtigen Nationen kommt es vor allem darauf an, welche Rolle sie bei diesem gigantischen Aufrüstungsvorhaben und der militärischen Ertüchtigung Europas spielen, und ob sie sich gegen andere oder mit anderen durchzusetzen. Die Konkurrenz hat viele Unterabteilungen: Wer übernimmt welche militärische Rolle? Wer ist für Abwehr zuständig? Wer entscheidet darüber, welche Flugzeuge angeschafft werden? Wo werden Waffen, die in Europa gekauft werden sollen, hergestellt? Wer ist zuständig für die Koordinierung von verschiedenen Abteilungen der Militärs in den einzelnen Ländern? Dazu gehört auch, dass Staaten, die politisch und ökonomisch nicht so potent sind, nicht mehr so ohne weiteres entscheiden können, dass sie sich dieses System zulegen oder jene Flugzeuge bauen lassen. Diesen Staaten soll von den Subjekten der Koalition der Willigen nach deren Vorstellung ihre Rolle beim Aufrüstungsprojekt Europa zugewiesen werden.

85 — *Pistorius hat angemahnt, dass Europa für seine Sicherheit das „Klein-Klein“ der nationalen Interessen verlassen müsse, weil das gemeinsame europäische Interesse, Europa zu einer potenten Weltmacht zu machen, eine Sachnotwendigkeit sei.*

90 — *Die Streitfragen der Europäer beziehen sich insofern erst einmal auf diese Sachnotwendigkeit, denn der gemeinsame Beschluss „Aufrüstung“ ist unterstellt. Aber bei diesem Projekt stellt sich nicht nur die Frage, wer was macht und wer wie viel beisteuern kann, sondern es sind Konkurrenten, die sich diese Fragen stellen und damit sind das alles Machtfragen. Auf Seite 17 heißt es dazu: „Sie alle haben nämlich ein Bewusstsein davon, dass ihre jeweilige strategische wie ökonomische Macht nur Bestand hat, wenn sie ihre vielfach praktizierte Konkurrenz als Schranke ihres imperialistischen Machtwillens überwinden und in das Schmieden einer über ganz Europa gebietenden politischen Befehlsgewalt überführen.“ Diesen konkurrierenden Staaten ist also bewusst, dass dieses gemeinsame Projekt ein Stück weit identisch ist mit der partiellen Aufgabe ihrer souveränen Entscheidungsgewalt zugunsten einer Zentralgewalt.*

Einerseits gibt es diese Konkurrenz oder die Streitereien, welche Nation an welcher Stelle welche Rolle spielt. Zugleich gibt es aber auch ein Bewusstsein darüber, dass sich Europa

- als militärisch potentes Subjekt aufstellen muss, wenn es nicht zwischen den Weltmächten zerrieben werden will, und dass es das nur erreicht, wenn es die Konkurrenz untereinander ein Stück weit relativiert.
- Auf Seite 17 unten heißt es, dass sie alle die Notwendigkeit einsehen, dass gemeinsam aufgerüstet werden muss und dafür Arbeitsteilung notwendig ist und Standards vereinheitlicht werden müssen. Aber mir ist noch nicht klar, wie darüber ein Sachzwang entstehen würde, der so etwas wie ein einheitliches politisches Kommando über ihren Einsatz schaffen würde, „quasi materiell“ über diese Vereinheitlichung der technischen Aufgaben. Es gibt ja dann immer noch den Streit darüber, wer was macht und wo das stattfindet und so weiter. Darüber ist die Konkurrenz nicht aufgehoben.
- Darum heißt es ja auch „quasi“. In der Sache kommt allerdings durchaus ein Stück mehr gemeinsame Willensbildung zustande, wenn die europäischen Staaten sich über die Notwendigkeiten der künftigen Kriegführung verständigen. Sie kümmern sich so um Interoperabilität, um die Fähigkeit gemeinsamer Kriegsführung – zunächst im Rahmen der gemeinsamen Aufrüstung. Es ist in Europa bisher keine Selbstverständlichkeit, dass ein Staat sich bezüglich dessen, was er sich an Militär zulegt, daran orientiert, wie das mit den Nachbarn zusammenpasst. Diese Sorte Absprache über ein nur in Kooperation funktionierendes Militärwesen schafft quasi den Sachzwang, dass das dann auch einem einheitlichen Kommando unterliegen muss.
- Gab es denn nicht schon bisher über die NATO gemeinsame Standards?
- Ganz offensichtlich nicht in dem jetzt für nötig gehaltenen Ausmaß. Sonst gäbe es nicht die Klagen der Militärs über lauter unterschiedliche, nicht kompatible Militärsysteme in Europa – anders als in Amerika.
- Mit dem von der EU jetzt angesagten Fortschritt, eine überlegene Front gegenüber Russland von Europa aus zu organisieren, machen viele nationale Rüstungsindustrien ihr Geschäft. Es ist ja auch nicht so, dass über die Interoperabilität die Frage des Oberbefehls über diese Truppen schon geklärt wäre. Auch die Aussagen von Pistorius zeigen, dass es die verlangte Schlagkraft einer europäischen Armee gegenüber der Weltmacht Russland bisher überhaupt nicht gibt, und dass das unbedingt hergestellt werden muss.
- Entscheidend ist ja: Bisher war das Militär der Europäer innerhalb der NATO in Interoperabilität mit den USA organisiert unter dem Gesichtspunkt, wie man gemeinsam gegen Russland vorgeht. Das haben die USA gekündigt und daher ist die bisherige NATO für den europäischen Kriegswillen nicht mehr verlässlich: Also muss diese Interoperabilität innerhalb der Europäer organisiert werden.
- Die europäischen Staaten müssen sich jetzt arbeitsteilig das möglichst effektivste militärische Werkzeug zulegen, nur heißt das für die verschiedenen Beteiligten ganz Verschiedenes. Die Italiener z.B. fragen, wieso nur die Ostflanke so stark gemacht werden soll, andere verweisen auf ein 360-Grad-Modell, das alle schützen soll. Jeder Staat reflektiert auf die eigene Rolle in einem eventuell stattfindenden Krieg, wie es mit der Ausrüstung für die eigene Front aussieht usw. Insofern ist das nicht einfach ein gemeinsames Projekt, zu dem jeder etwas beiträgt. Sondern je weiter diese Aufrüstung voranschreitet, umso mehr braucht es einen Willen, der entscheidet und dem sich die anderen unterordnen.
- Italien mahnt, dass es doch nicht nur Russland gebe, sondern auch noch Terrorismus und irreguläre Migration und das müsse auch z.B. mit Drohnentechnologie unter Kontrolle gebracht werden. Gerade weil das nicht bezogen ist auf die große Auseinandersetzung, zeigt es, dass jede Nation sich unmittelbar entsprechend ihrem Nutzen auf dieses in Angriff genommene Projekt bezieht.
- Wenn die Italiener so etwas ins Gespräch bringen, erinnern sie daran, dass Sicherheit für sie nicht identisch ist mit dem, was Estland oder Polen als ihre Sicherheit bestimmen. Die Aussage, die Sicherheit Europas sei unteilbar, mit der ihnen entgegengetreten wird, ist also nicht die Wahrheit der Sache. Auch wenn sie das selber nicht so sehen, müssen die europäischen

155 Staaten akzeptieren, dass die größte Bedrohung von Russland ausgeht. Für diesen Konsens verlangen die Führungsmächte in Europa Gefolgschaft.

Die unterschiedlichen nationalen Definitionen dessen, was die gemeinsame Sicherheitspolitik sein sollte, sind dabei nur die eine Seite. Die andere Seite ist der gemeinsame Beschluss, dass die Sicherheit der Europäischen Union als eine Macht, die sich aufstellt und behaupten
160 kann in dieser „unruhig gewordenen Welt“, einen gemeinsamen Willen und demgemäß die militärische Ertüchtigung der EU erforderlich macht. Dafür spielt es eine entscheidende Rolle, wie man überhaupt in der EU dasteht. In dem vorhin besprochenen Zitat von Pistorius, der nationale Interessen als nicht mehr tolerables „Klein-Klein“ bezeichnet, steckt genau der Übergang dazu, sich auf einen übergeordneten Standpunkt hinarbeiten zu müssen.

165 — *Die Europäer dringen auf die Vereinheitlichung ihres Militärapparats als Ersatz für das, was es bisher in der NATO unter Führung der USA gegeben hat. Indem sie so für die Interoperabilität dieses Militärapparats sorgen, stiften sie eine übernationale militärtechnische Abhängigkeit voneinander. Das ist ein Fortschritt mit Blick auf einen wirklich gemeinsamen militärstrategischen Willen. Aber nicht in dem Sinn, dass er dann auch schon existiert, sondern so, dass er dadurch quasi sachzwangmäßig geschaffen werden soll: Das gemeinsame europäische Verteidigungskriegsbündnis soll in der Interaktion entstehen. Dieser Schritt hin zu einer Vereinheitlichung zu einer europäischen Kriegsmacht ist nicht identisch mit der Durchsetzung einer der fünf maßgeblichen Macherstaaten der Koalition der Willigen als Oberbefehlshaber dieses Militärbündnisses. Denn es bleibt ja der Widerspruch, dass*
170 *hier konkurrierende Nationen beschließen, über ein schlagkräftiges Militärbündnis verfügen zu wollen – wozu ein militärischer Oberbefehl nötig ist. Man sieht das auch an diesem geplanten Schengen-Raum-Abkommen, dass alle europäischen Staaten innerhalb von drei Tagen ihre Grenzen für andere europäische Truppen zu öffnen haben, um die Beweglichkeit ihres Militärapparats zu effektivieren. Die gegeneinander ausgrenzenden Grenzen sollen im*
175 *Kriegsfall keine Grenzen mehr sein.*
180

*

Im **Punkt 4 b)** geht es darum, welche Rolle der Haushalt der EU bei der Vereinheitlichung der politischen Willensbildung spielt.

— *Dass Europa kriegstüchtig werden will, kostet sehr viel Geld. So kommt der Haushalt der EU ins Spiel. Dafür sollen zum einen die nationalen Steuern herangezogen werden (siehe Fußnote 17).*
185

Auf der Tagesordnung ist damit die Beanspruchung der nationalen Haushalte der Mitgliedsstaaten für den Haushalt der EU-Kommission, um die nationalen Rüstungsvorhaben der Mitgliedsstaaten in dem gemeinschaftlichen Sinn voranzubringen. Bislang war die EU-Kommission für Aufrüstung definitiv nicht zuständig, jetzt macht sie es sich zur Aufgabe, über
190 den EU-Haushalt die Aufrüstung der Mitgliedstaaten zu bewerkstelligen.

— *Die EU macht sich die Förderung der militärischen Forschung, Entwicklung und Produktion zum Anliegen. An die Mitgliedstaaten ergeht das Angebot, dafür Geld locker zu machen. So sollen die nationalen Interessen der jeweiligen Rüstungsindustrien und Forschungseinrichtungen geködert werden.*
195

Die EU-Kommission baut ihren Haushalt so um, dass damit die europaweite Aufrüstung zustande kommt. Den einzelnen Staaten soll nichts anderes übrigbleiben, als das in diesem Sinn zu betreiben. Dafür werden sie finanziell in die Pflicht genommen und es soll zugleich nicht daran scheitern, dass sie das nicht finanzieren können.

200 — *Die EU will über die Verteilung ihrer Mittel den Ländern vorschreiben, wie die Gelder zu verwenden sind: mehr für das Militär und wesentlich weniger als bisher für z. B. landwirtschaftliche Ausgleichszahlungen.*

Als Erstes sollen die Haushaltsmittel, über die die Kommission verfügen will und die sie den Staaten zuweisen will, insgesamt extrem erhöht werden. Denn klar ist, dass nicht alle Mitgliedstaaten in der Lage sind, solche Aufrüstungsschritte zu finanzieren. Als Zweites sollen diese Gelder dergestalt an die Mitgliedstaaten ausgereicht werden, dass die einerseits dazu
205

befähigt werden, die notwendigen Aufrüstungsschritte im Gang zu setzen, und andererseits dadurch darauf festgelegt werden, das Geld für ihre Partizipation an der Aufrüstung auszugeben.

210 — Bemerkenswert ist, dass die Euro-Bonds jetzt wieder diskutiert werden. Vor ein paar Jahren ist Deutschland Sturm gelaufen gegen gemeinschaftliche Euro-Bonds, weil die die Werthaltigkeit des Euros beschädigen würden. Würden Euro-Bonds aufgelegt, hieße das immerhin, dass die EU-Kommission das Subjekt werden würde, das über die Kreditaufnahme und -vergabe bestimmt.

215 — Die EU-Kommission macht sich da zu einem eigenständigen Subjekt sowohl nach der Seite der Geldbeschaffung als auch nach der Seite der Ausgaben. Mit der Diskussion über die Auflage von Euro-Bonds, also Gemeinschaftskrediten, will sie sich zum ökonomischen Subjekt der Kreditbeschaffung machen, weil die Kredite dann auf der Finanzmacht aller Staaten, d.h. der gesamten EU und nicht auf der jeweiligen Kreditfähigkeit der Einzelstaaten basieren würden und zugleich die Kreditaufnahme einzig nach dem Willen der EU-Kommission erfolgen würde. So würde sie in doppelter Weise zu einem Subjekt in Sachen Geldbeschaffung: Auf der Ausgabenseite wenden sie eine Art Trick an, indem sie neu sortieren: Die Agrarförderung soll zurückgefahren und Beiträge zum Krieg oder zur Kriegsplanung sollen hochgefahren werden – mit der Argumentation, die Förderung dieser Schlüsselindustrien, Rüstungsindustrie und Infrastruktur, sei doch eigentlich „Regionalförderung“. So macht die Kommission sich auch in Sachen Ausgabenpolitik zum supranationalen Koordinationssubjekt der europäischen Aufrüstung.

— Da stellt sich doch schon die Frage: Woher kriegt sie diese Macht? Wieso kann die EU ihren Haushalt so steigern, wie kann sie die Mittel, von denen die Länder mit ihrer Agrarförderung abhängig sind, einfach umwidmen? Das geht doch nur mit der Zustimmung ihrer Mitgliedsstaaten. Die in der Koalition der Willigen versammelten mächtigen Staaten zwingen offenbar mit ihrer Ermächtigung der EU dazu alle anderen Staaten, an der militärischen Aufrüstung dergestalt mitzuwirken. Nur so bekommen sie überhaupt Geld und Gewicht zugestanden.

235 — Die Formulierung, die übrigen EU-Mitglieder würden „gezwungen“, sich der EU-Haushaltsreform zu unterwerfen, ist unpassend, denn für die Zurichtung und Herrichtung eines europäischen Militärapparats will Europa möglichst alle europäischen Staaten ins Boot holen. Das ist kein Kommando- und Zwangsverhältnis, gerade weil das ja der Zustimmung aller Mitgliedstaaten bedarf. In dieser Art der Haushaltsreform steckt doch zweierlei drin: Der europäische militärische Aufbau soll über eine immense Aufblähung des europäischen Haushalts erfolgen und im Wesentlichen durch das Finanzkapital über die Euro-Bonds finanziert werden. Diese Kredite werden dann an die Nationalstaaten weitergereicht. Das ist die verwegene Tour, die bisherige nationale Zuständigkeit für die Finanzierung des nationalen Verteidigungsapparats in gemeinsame Verteidigungsanleihen mit dem Ziel eines gemeinsamen europäischen Militärapparats zu überführen. Das ist auch das Angebot an die schwachen Staaten: Über diese Art der gemeinsamen Verteidigungsanleihen können auch sie über eine Militärausstattung verfügen, die sie aus eigener nationaler Kraft nicht zustande bekommen hätten. Umgekehrt ist das Mitmachen dann auch alternativlos.

Damit die vielen neuen Mittel auch wirklich für den Ausbau der europäischen Militärmacht verwendet werden, hat die EU-Kommission folgendes Verfahren vorgesehen: Jeder Staat muss einen Plan für den Auf- und Ausbau seiner Militärpotenzen mit der EU vereinbaren, die Abarbeitung dieser Pläne wird Schritt für Schritt von der Kommission kontrolliert und nur in dem Maß, wie diese sich daran halten, fließt Geld von der EU an die Nationalstaaten. Das Geld, das die EU-Kommission dafür bereithält, speist sich nicht mehr einfach aus den Beiträgen der Mitgliedsstaaten, sondern die EU tritt als eigenständiges ökonomisches Subjekt auf und nimmt am Anleihemarkt Geld auf, die sog. Euro-Bonds, und sie erhebt bestimmte Steuern und Abgaben. Das ist die Art, wie die Europäische Kommission diesen Aufrüstungswillen als zentralen, verbindlichen Willen zu etablieren sucht, und sich als EU-Kommission selber zum politischen Subjekt machen will. Inwieweit und in welchem Aus-

260 maß das wahr wird, hängt nach wie vor daran, ob sich die EU-Staaten auf diese Erweiterung der Kompetenzen der EU überhaupt einigen können.

— *Dieses Vorhaben der EU-Kommission, sich selbst zum politischen Subjekt zu machen, das das europäische Aufrüstungsprogramm vorantreibt, zeugt doch davon, dass es für dieses europäische Gemeinschaftsprojekt eine zentrale Federführung braucht, der sich dann die*
265 *Nationen unterordnen.*

An diesem Vorhaben lässt sich ersehen, wie sich die EU bzw. die Koalition der Willigen daran abarbeitet, diesen gemeinsamen, zentralen, kollektiven Willen, Militärmacht Europa zu werden, bei ihren Mitgliedern zu etablieren, wie also auch die Unterordnung aller unter dieses gemeinsame Programm hergestellt werden soll.

270 — *Die Unterstreichung, dass es ein gemeinsames Werk sein soll, dem sich alle bereitwillig unterordnen, macht die Widersprüchlichkeit dieses gemeinschaftlichen Projektes nicht weg. Es bleibt eine gewisse Mühe auf Seiten der Nationalstaaten, sich diesem Gemeinschaftswerk zu unterstellen.*

Das Verhältnis ist nicht so, dass die EU-Kommission da etwas in die Welt setzt und die Nationalstaaten sich dem unterordnen müssen. Zunächst sind diese Staaten diejenigen, die den Plan zur Aufstellung eines Haushaltsrahmen für die Jahre 2028–2034 gemeinsam beraten und beschließen. Dieses Ringen um den zukünftigen Haushalt der EU-Kommission ist die Art und Weise, wie der gemeinsame Wille zur Finanzierung und Durchführung der geplanten Aufrüstung hergestellt wird, von dem dann alle Nationalstaaten betroffen sind. Dass sie
280 wirklich den EU-Haushalt für die nächsten Jahre, so wie von der EU-Kommission gewollt, durchbringen, ist zwar noch nicht beschlossen, aber die Mehrheit der EU-Staaten steht geschlossen hinter diesem imperialistischen Projekt eines militärischen Aufwuchses der EU.

*

— *An dieser Stelle im Text geht es erst einmal darum, wie die Europäer sich zu diesem einheitlichen kriegsfähigen Subjekt aufzubauen planen, wobei der EU-Haushalt und ihre supranationalen Institutionen eine entscheidende Rolle spielen, sowohl bei der Bereitstellung der Mittel als auch dabei, zu dirigieren, wofür diese in jedem Einzelstaat eingesetzt werden. Wie dieser Kollektivismus dann jeweils wieder das Selbstbehauptungsinteresse der einzelnen Nationen tangiert, die das Ganze ja überhaupt nur haben wollen, um sich selbst zu behaupten, ist das nächste Thema in **Punkt 4 c)**. Da geht es um den Widerspruch zwischen der Selbstbehauptung als Nation durch den Kollektivismus, dem man sich deshalb auch unter-*
285 *ordnet.*

— *Wenn also die EU-Kommission beschließt, ein neues Budget für Aufrüstung und Investitionen über 700 Milliarden Euro aufzunehmen, ist damit die Sache nicht gegessen, sondern dann wird es erst richtig spannend innerhalb der EU-Staaten. Es geht darum, wo die Mittel hinfließen, was gekauft und was wo hergestellt wird, wo die Waffen hinkommen etc. Auf diesem Feld macht sich der Widerspruch dieses Kollektivismus breit. Sie stehen hinter der Aufrüstung, weil sie in diesem Programm als Einzelnation vorankommen wollen.*
295

— *Die Feindschaft gegen die Russen wird von den fünf potentesten europäischen Staaten, der Koalition der Willigen, und darüber hinaus von den meisten europäischen Staaten geteilt. Nachdem die Unterstützung der USA beim Stellvertreterkrieg in der Ukraine ausfällt, teilen sie auch mehrheitlich die Notwendigkeit, dass sich Europa als neue mitbestimmende Weltmacht behaupten und Russland degradieren muss. Für so ein Programm verfügt jeder für sich über zu geringe ökonomische und militärische Potenzen und so hat jeder gute Gründe, bei der von der EU-Kommission jetzt geplanten Neustrukturierung des EU-Haushalts mitzumachen, um selbst über taugliche Mittel für seine ökonomische und militärische Aufrüstung zu verfügen, über die die Einzelstaaten alleine nie verfügen würden. Davon geht der Widerspruch für die Nationalstaaten nicht weg, was sich schon daran ablesen lässt, dass es unter den fünf Willigen immerhin ein paar gibt, die sich den Rang einer potenziellen*
300 *Führungsmacht zuschreiben wollen.*
305

— *Wenn der Aufwuchs Europas zum wichtigen militärischen Subjekt „für alle Staaten*

zur entscheidenden Prämisse für die Behauptung ihrer Nation, für ihre nationale Machtentfaltung“ (S. 21 o.) innerhalb und außerhalb Europas wird, dann ist das auch die Prämisse ihrer Konkurrenz untereinander.

315 — Wie ergibt sich aus dem Vorhaben einer Reform des EU-Haushaltes, mit dem sich die EU-Kommission zum politischen Subjekt einer gemeinschaftlichen europäischen Militärmacht erst machen will, schon diese neue Art der Konkurrenz der Nationalstaaten? Wie kann das zur neuen Prämisse werden, wo das lediglich ein Vorhaben und noch nicht Wirklichkeit ist?

320 — Die neue Prämisse für die Konkurrenz der EU-Staaten ist die mehrheitliche Einigung darauf, dass Russland der gemeinsame Gegner ist, dem sich ein mächtiges Europa entgegenstellen muss. Auf der Prämisse spielt sich dann die Konkurrenz der europäischen Nationen ab. Frankreich macht auf seine Atombombe aufmerksam und beansprucht damit, der entscheidende Machtfaktor für Europa zu sein. Deutschland verweist auf seine riesigen ökonomischen Mittel, mit denen es den größten Teil der konventionellen Armee stellen kann.
325 Und auch die kleineren Staaten beanspruchen wegen ihren Sonderstellungen, wie z.B. Lettland als wichtiger Frontstaat, besondere Beachtung.

Europas Koalition der Willigen ist die Antwort auf Russlands Krieg und die Krise, die durch Trumps Absage an den Krieg vollzogen wurde. Das macht Europa zur entscheidenden
330 Schicksalsfrage seiner weltpolitischen Geltung und seiner Friedensordnung. Für diese weltpolitische Geltung ist den Europäern die Oberinstanz USA abhanden gekommen. Geblieben ist ein Haufen konkurrierender Staaten, die sich jeweils selbst mit Europa stärken wollen. Diesen Widerspruch gehen sie jetzt an, indem sie erstens den Krieg gegen Russland führen und eskalieren und zweitens Europa als kriegführendes Subjekt definieren und entsprechend
335 ausgestalten. Das ist nun die neue Prämisse, diese grundlegende Einigkeit ist die Basis, auf der ihre Konkurrenz darum geht, wer welche Beiträge dazu verbindlich leistet.

— Die Konkurrenz um die Bedeutung des jeweils eigenen nationalen Beitrags zu der gemeinsamen Aufrüstung Europas ist die Art, wie dieses gemeinsame Aufrüstungsprojekt sich durchsetzt. Wenn sie ihre nationale Selbstbehauptung bewahren wollen, indem sie sich an
340 diesem Projekt beteiligen und eine entsprechende Berücksichtigung einfordern, wie z.B. Italien, verfestigen sie das Selbstbehauptungsprogramm Europas gegen Russland. Und zugleich wird der nationale Beitrag zu diesem Projekt zu einer unwidersprechlichen Voraussetzung dafür, welche Bedeutung der jeweilige Nationalstaat in Europa schon hat, erst bekommt oder eben auch nicht.

345 — Diese Logik ist klar. Mein Problem besteht im Übergang von 4 b) – da ging es um die Umwidmung der einzelnen Posten im Haushalt zugunsten der Aufrüstung und dass es z.B. Proteste der französischen Bauern dagegen gibt – zu 4 c) – wo es um die Prämisse der Aufrüstung für alle EU-Staaten geht, als ob die Einigkeit schon hergestellt wäre. Klar ist: Es ist die Prämisse für (fast) alle, damit ist aber nicht weg, dass um die Durchsetzung der Linie
350 noch gestritten wird.

Der Bezug für die neue Prämisse ist das, was die führenden europäischen Staaten der Koalition der Willigen schon geschafft hat: Die Mehrheit der europäischen Staaten hat sich darauf festgelegt, dass Europa auf dem Gebiet der konventionellen Kriegsführung kriegsfähig werden muss. Im Punkt b) wird erläutert, wie die EU-Kommission sich mit der Umformung
355 ihres Haushalts zum Subjekt dieses Projektes machen will und was sie in dieser Richtung vorschlägt. Der Anfang von Punkt 4 c) behandelt den Grund, warum sich die allermeisten EU-Staaten auf dieses Programm der Feindschaft gegen Russland und der Aufrüstung einlassen. Wenn dieses Staatenbündnis mit seiner ökonomischen und militärischen Potenz (v.a. über die NATO) von sich behauptet, dass es sich in der Welt zwischen den anderen imperialistischen Mächten nicht behaupten kann, dann gilt das doch erst recht für jeden einzelnen Staat in diesem Staatenbündnis. Der Grund jedes einzelnen EU-Staates für seine Mitgliedschaft im Bündnis liegt doch gerade darin, dass er als einzelner Nationalstaat militärisch und
360 ökonomisch in der Welt viel weniger bewirken kann. Mehr sein zu wollen, als sie sind, ver-

365 anlasst sie dazu, sich einem Verein anzuschließen, der ihre Behauptung in dieser Welt gegen
Staaten ist die Perspektive ihrer Selbstbehauptung daran geknüpft. Deswegen machen sie die
Aufrüstungsanstrengung der EU zur Prämisse ihrer übrigen nationalen Berechnungen und
Anliegen und schauen, wie sie sich in dieses Aufrüstungsprojekt einbauen und dabei etwas
für die eigene Nation herausholen können.

370 — *Es wird in Punkt 4 c) auch nicht behauptet, dass damit der Widerspruch des Projekts
aufgelöst sei. Sondern die Staaten machen, zumindest in ihrer großen Mehrzahl, den Auf-
wuchs Europas zu einem Kriegssubjekt zur Prämisse dafür, dass sie ihre Nation und deren
Machtentfaltung in Europa voranbringen. Deswegen geht es ja im Artikel weiter mit Frank-
reich und Deutschland, die darauf pochen, dass sie die jeweilige Führungsmacht in diesem*
375 *Subjekt sein müssen. Es ist die Prämisse für die meisten Nationen, dass dieser Aufwuchs ge-
lingt, damit sie sich als Nation behaupten. Das ist der bleibende Widerspruch.*

— *Dabei gibt es natürlich viel Opposition gegen dieses Projekt. Darum geht es ja in
Punkt 5 – exemplarisch mit dem populistischen Einspruch Ungarns gegen dieses Projekt:
Dass es Regierungen und in verschiedenen Staaten eine nationale Opposition gibt, die den
geplanten Aufwuchs Europas zu einem kollektiven Kriegssubjekt für die Negation der natio-
380 nalen Eigenständigkeit ihrer Nation halten und dem entgegenreten.*

— *Die EU-Kommission hat als Subjekt der kollektiven Mittelbeschaffung als auch der
Kreditierung der Einzelstaaten eine gewisse Bestimmungsmacht darüber, wer was militä-
risch in die Hände kriegt. Das ist die Basis, auf der dann die Mächte weiter konkurrieren. In
385 Punkt 4 b) war die Initiative der EU-Kommission Thema, wie sie sich als supranationale In-
stanz für die Koalition der Willigen einsetzt und mit ihren Mitteln deren Zweck voranbrin-
gen will. In Punkt 4 c) ist Thema, wie sich die einzelnen Staaten darauf beziehen, unter der
Prämisse: Kollektive Aufrüstung muss sein, aber so, dass die eigene Nation gestärkt daraus
hervorgeht. Die Position Deutschlands macht Bundeskanzler Merz deutlich: die EU brauche
390 zwar unbedingt mehr Mittel, aber Euro-Bonds gebe es mit ihm nicht, die würden der deut-
schen Finanzmacht schaden. (siehe Fußnote 23). Da sieht man, wie auch die Führungs-
macht Deutschland sich berechnend dazu stellt: Das Projekt wird nicht hinterfragt, aber der
EU-Haushalt soll modifiziert werden, damit er gemäß den deutschen Vorgaben als kollekti-
vistische Geldmacht taugt.*

395 — *Festzuhalten ist, welchen Fortschritt die Europäer, genauer die Koalition der Willigen,
schon geschafft haben: Der Aufwuchs Europas zum Kriegssubjekt ist ja tatsächlich zur Prä-
misse geworden für die Selbstbehauptung der einzelnen Nationen. Das Projekt ist ein Wider-
spruch, aber sie haben damit einen Fortschritt in Europa implantiert: Die Einsicht, dass
dieser kriegerische Aufwuchs für alle Nationen sein muss. Europas Aufwuchs zum Kriegs-
400 subjekt ist so tatsächlich zur Voraussetzung dafür geworden, dass die EU-Nationen ihre
Macht behaupten können.*

— *Aber ist es tatsächlich so, dass das auch der Wille aller Staaten ist, dass die EU sich
zu einem ganz neuen kollektiven Subjekt formiert?*

— *Im Artikel steht: Um die Bewältigung dieses Widerspruchs ringt die Mehrheit der eu-
405 ropäischen Nationen. Die meisten europäischen Nationen stellen sich auf diesen Stand-
punkt: Ihre nationale Selbstbehauptung hängt jetzt davon ab, dass sich die EU als autono-
mes imperialistisches Projekt gegen andere Staaten und Weltmächte durchsetzen kann, und
zwar in erster Linie gegen Russland per Krieg. In dieser Mehrheit gibt es ganz unterschied-
liche Standpunkte; es wird nicht behauptet, dass alle EU-Staaten am gleichen Strang ziehen.
410 Verwiesen wurde schon auf Punkt 5 mit dem Gegenbeispiel Ungarn.*

Indem sich jeder einzelne Staat, dem es auf seine nationale Stellung in der Welt ankommt,
an dem Widerspruch abarbeitet – wie viel er beiträgt, welche Auswirkungen das auf seine
Stellung in der EU hat, wie er durch seinen Beitrag nicht nur die EU voranbringen, sondern
sich in der EU eine entsprechende Stellung erarbeiten kann –, leistet er einen Beitrag zum
415 Aufwuchs der EU zu einem potenten Kriegssubjekt; so kommt der Aufbau im gewünschten

Sinn voran. So ist auch der Kampf von Kanzler Merz gegen die Euro-Bonds ein Beitrag zum Voranbringen des Aufrüstungsprogramms der EU, das unbedingt sein muss, für dessen Finanzierung aber ein anderer Weg gefunden werden müsse. Frankreich leistet seinen Beitrag dazu, indem Macron immer wieder betont, um wirklich groß, schlagkräftig und glaubwürdig werden zu können, müsse die Atommacht Frankreich die Führung übernehmen. Die Frage, wie weit sie schon sind in dem gemeinsamen Projekt, verpasst die Fortschritte, die sie dabei längst machen: Indem jeder einzelne Staat darum ringt, wie er sich darin einbringen kann und was das für ihn bringt, geht das gemeinsame Projekt EU seinen Gang. Das ist gemeint mit: Wenn jeder dieser EU-Staaten die als notwendig erkannte Aufrüstung gegen Russland zur Prämisse seiner jeweiligen nationalen Politik macht, ist das ein Beitrag zum Erfolg dieses Projekts. Dazu muss sich natürlich jede Nation selbst entschließen.

*

In **Punkt 5** geht es um diejenigen, die diese Prämisse für sich nicht gelten lassen. Orban ist der Repräsentant dieses Standpunkts.

— *Um seinem Standpunkt entsprechend Geltung zu verschaffen, hat er als Hebel das in der EU verankerte Vetorecht. Als Weiteres kommt dazu, dass er machtvolle Unterstützung durch die USA und alle möglichen populistischen Regierungen innerhalb Europas bekommt. Insofern ist eben auch überhaupt gar nicht endgültig, ob dieser Beschluss der Kommission für den Haushalt, die Haushaltsumstrukturierung zugunsten einer gemeinsamen europäischen Aufrüstungspolitik so, wie vorgeschlagen, beschlossen wird. Der Konflikt ist nicht beendet.*

Der **nächste Jour fixe** findet am **23. Februar 2026** statt. Nach eventuellen Nachfragen zu Punkt 5 des obigen Artikels wird der Artikel **Das amerikanische Innenleben wird MAGA – Mehr Freiheit der Regierungsmacht für mehr Großartigkeit der Weltmacht** (GS 4-25) besprochen.